

Feminismus in Guatemala

Anlässlich des 8. März, dem Internationalen Tag der Frau, hat die guatemalteckische Frauenzeitschrift *la cuerda* eine Sondernummer zum Thema Feminismus herausgegeben. Wir veröffentlichen zwei Artikel aus *la cuerda*, die den Stand der feministischen Diskussionen in Guatemala reflektieren. Der erste Artikel ist von Ana Silvia Monzón und betont, dass es in einem kulturell und politisch so vielfältigen Land auch vielfältige Formen von Feminismus gibt. Der zweite ist von Blanca Estela Alvarado und handelt von Feminismus aus einer Mayaperspektive. *la cuerda* erscheint einmal monatlich als Beilage der Tageszeitung *el periódico*.

Unsere Feminismen

Der formale Beginn des Feminismus geht auf das Ende des 18. Jahrhunderts zurück, als eine soziale und politische Bewegung, deren ursprüngliches Ziel es war, dass die Frauen sich der "Unterdrückung und Ausbeutung bewusst wurden, der sie seit Anfang der patriarchalen Geschichte ausgesetzt waren". Dieses Bewusstwerden hat die Frauen dazu bewegt, für ihre soziale und kulturelle Freiheit zu kämpfen.

Doch wir können nicht von 'dem Feminismus' sprechen. Wir müssen von 'den Feminismen' sprechen, wenn wir der Vielfalt der feministischen Ausdrucksformen gerecht werden wollen. Frauen handeln und bewegen sich aus den verschiedensten Motivationen heraus, mit unterschiedlichen Ausdrucksformen, nicht nur im öffentlichen Raum sondern auch innerhalb der traditionellen und neuen Formen des alltäglichen Zusammenlebens. Feminismus wird in der Küche, in den Markthallen, in den Spitälern, in der Kirche gelebt. Feministisches Denken und Handeln finden wir in Konzertsälen und in produktiven Projekten.

Wenn wir über den guatemalteckischen Feminismus sprechen, dürfen wir diese Vielfältigkeit nicht ausser Acht lassen. Die guatemalteckische Gesellschaft bildete sich in der Zeit der *Conquista*, entwickelte sich während den Jahrhunderten kolonialer Besetzung weiter und überlebte Diktaturen verschiedenster Art. Während all dieser Zeit war diese Gesellschaft im höchsten Grade konservativ und verschlossen allem gegenüber, was mit 'Frausein' auch nur im Entferntesten zu tun hatte.

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, angefangen mit der Oktoberrevolution in den vierziger Jahren, haben die Frauen in Guatemala Zugang zu Arbeit und Bildung erhalten. Zu dieser Zeit erhielten sie das Wahlrecht, was der unwiederrufbare Beginn ihrer Geschichte als Staatsbürgerinnen war. Eine Geschichte nicht ohne Widersprüche. Eine feministische Sichtweise, die das ungleiche Geschlechterverhältnis in Frage stellte, tauchte in Guatemala erstmals in den achtziger Jahren unter einigen Ladina-Mittelstandsfrauen in den Städten auf.

Während Jahrzehnten hatten die Interessen und Forderungen der Frauen keinen eigenen Platz. Um so weniger, da es in der linken Theorie und Praxis - von der wegen ihrem fortschrittlichen Ansatz die Identifizierung mit dem feministischen Denken vorausgesetzt wurde - "keine freien Frauen innerhalb einer unterdrückten Gesellschaft" geben durfte. Damit wurde jegliche andere Forderung, inklusive die ethnische, zu Gun-

sten der Klassenfrage hinten angestellt.

Mitte der achtziger Jahre traten erstmals Frauengruppen an die Öffentlichkeit, deren primäres Interesse nicht die Verteidigung der 'revolutionären Sache' war. Wobei gesagt werden muss, dass die Frauen auch dazu viel beigetragen haben. Diese Frauengruppen stellten in erster Linie ihre eigenen Lebensbedingungen in Frage. Sie hatten aufgedeckt, was für uns heute offensichtlich ist: Die Existenz tiefer Ungleichheiten in den Beziehungen zwischen Männern und Frauen, die immer auf Kosten der Frauen gingen.

Gleichzeitig fanden auf internationaler und lateinamerikanischer Ebene ähnliche Prozesse statt. Das weltweite Feststellen, dass die Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen in allen Gesellschaften ähnlich war, führte dazu, dass nebst den internationalen Menschen- auch spezielle Frauenrechtsforderungen aufgestellt wurden.

Seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sind guatemalteckische Frauen in den Gewerkschaften vertreten, organisieren sich in Selbsthilfegruppen, fordern die Einhaltung der Frauenrechte, nehmen am Friedensprozess teil, indem sie über die Auswirkung des Krieges, der Flucht und dem Exil auf das Leben der Frauen berichteten. Frauen begannen, Themen anzusprechen, die bisher tabu waren: Gewalt gegen Frauen, das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, das Recht auf Teilnahme im öffentlichen Leben, das Recht auf freie Meinungsäußerung - kurz, das Recht, über eine 'Frauenwelt' zu sprechen.

Zehn Jahre später bekam der guatemalteckische Feminismus weitere Auftriebe. Auf nationaler Ebene durch den Beginn der Friedensverhandlungen. Auf internationaler Ebene durch das erste zentralamerikanische Frauentreffen, das vierte feministische Treffen Lateinamerikas und der Karibik in El Salvador, verschiedene internationale Konferenzen, bei denen die Rechte der Frau immer eine zentrale Rolle spielten (Menschenrechtskonferenz in Wien 1997, Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo 1995, Frauenkonferenz in Beijing 1995).

Seit etwa fünf Jahren werden Anstrengungen unternommen, etwas mehr über die Geschichte der Guatemaltekinnen zu erfahren, mit dem politischen Ziel, eine eigene historische Erinnerung aufzubauen. Ausserdem wurden verschiedene politische, akademische, legale und symbolische Aktionen durchgeführt, die den Bewusstseinsprozess der Frauen unterschiedlicher Klassen oder Ethnien

gefördert haben.

In verschiedenem Ausmass sind heute die Beziehungen zwischen Männern und Frauen in Frage gestellt. In einer sich globalisierenden Welt sind auch die Guatemaltekinnen immer mehr in Bewegung. Eine Bewegung die über die oft unangenehme Zersplitterung hinausgeht, hin zu einer Vielfalt und Mehrdimensionalität innerhalb der feministischen Kämpfe und Forderungen. Unser Ziel ist die Gleichberechtigung und ein würdevolles Leben, so wie das Olympe de Gouge, eine unserer Vorgängerinnen vor zweihundert Jahren schon geschrieben hat: "Die Frau wird frei und mit den selben Rechten wie Der Mann geboren".

Mayakultur und Feminismus

Wenn wir davon ausgehen, dass Feminismus die Bewegung zur Er kämpfung gleicher Rechte und Möglichkeiten für Männer und Frauen ist, gehen wir davon aus, dass Männer und Frauen komplette Wesen sind, unabhängig voneinander und völlig gleich.

In der Mayakultur sind Männer und Frauen sich ergänzende Wesen und

gegenseitig voneinander abhängig. Dieses Konzept basiert auf unserer dualistischen und ergänzenden Kosmovision, die sich in unseren kulturellen Wertvorstellungen und unseren sozialen Normen des Zusammenlebens ausdrückt. Diese Normen werden von klein auf erlernt durch spezielle Erziehungsmuster für Jungen und Mädchen und ziehen sich durch alle Ebenen unseres gemeinschaftlichen Lebens. Die Kontrolle darüber, ob unser Verhalten korrekt ist und unserer Kosmovision entspricht, obliegt der Gemeinde, speziell den alten Männern und Frauen.

Das Prinzip der Dualität wieder spiegelt sich im Konzept des Höchsten Wesens als einem dualistischen Wesen. Die beiden Götter *Uk'u'x Kaj* und *Uk'u'x Ulew* (Essenz des Himmels und der Erde) vereinen sich zu *Juraqan* (einzige Grundlage des Lebens). Dieses dualistische Denken geht davon aus, dass gleiche Rechte und Möglichkeiten die Grundlage für ein ausgeglichenes Leben sind, was das höchste Prinzip der Maya-Kosmovision ist. Dieses Prinzip wird jedoch nicht erfüllt innerhalb einer sozial ungleichen Gesellschaft, wie das in Gua-

temala der Fall ist. Hier bedeutet 'Mayasein' ausgeschlossen, unterdrückt, ausgebeutet zu sein. In einer Gesellschaft mit solchen Charakteristiken gibt es niemals gleichberechtigte, sich ergänzende Beziehungen.

Innerhalb des Hauses hat die Mayafrä u einen gleichwertigen Stand wie der Mann. Auf lokaler, regionale und nationaler Ebene hingegen, wo nach dem offiziellen System gelebt wird, hat die Mayafrä u nicht die selben Möglichkeiten wie die Männer. Dies würde nämlich bedeuten, dass sie Zugang zu Bildung, zum Erlernen der spanischen Sprache, der Rechte und der Gesetze des Landes haben müsste, Bedingungen, die in einem Land wie Guatemala den meisten verwehrt sind, am allermeisten den Mayafrä uen.

Der grundlegende Unterschied zwischen Männer und Frauen liegt in der Fortpflanzung. Aber was die Arbeit betrifft, teilen sich diese die Maya-Männer und -Frauen sowohl innerhalb wie ausserhalb des Hauses. Erst wenn den Mayas ihre Rechte als Volk zugesprochen werden, können sie ihre Kosmovision umsetzen.

8. März, Internationaler Tag der Frau

Guatemala, 8. März. Auch dieses Jahr wurden sowohl in der Hauptstadt als auch in verschiedenen Departementsstädten Aktivitäten und Demonstrationen zum Internationalen Tag der Frau durchgeführt.

"An den Toren zum dritten Jahrtausend mahlen noch Hunderttausende von guatemaltekinischen Frauen, mehrheitlich Indigena-Frauen, ihren Mais von Hand auf einem Mahlstein. 51% der guatemaltekinischen Bevölkerung sind Frauen, 43% davon sind Familienoberhäupter. 60% der Frauen erhielten keine Schulbildung, 35% sind Analphabetinnen. Guatemala ist nach den Vereinigten Staaten und England das Land mit der dritthöchsten Scheidungsrate."

Tatsachen und Zahlen, die sich, seit es Demonstrationen anlässlich des Internationalen Tages der Frau gibt, nicht gross verändert haben. Trotzdem wurden in den diesjährigen Reden zum 8. März in Guatemala viel über die Fortschritte auf dem Weg zur Gleichstellung von Mann und Frau innerhalb der guatemaltekinischen Gesellschaft und die vermehrte politische Beteiligung der Frauen gesprochen. (Von den 113 Kongressabgeordneten sind acht Frauen, die zwölf MinisterInnenposten sind von elf Männern und einer Frau besetzt, von den insgesamt 305 BürgermeisterInnenäm-

tern werden zwei von Frauen geleitet.)

Raquel Zelaya, ehemalige Direktorin des Friedenssekretariates (SEPAZ), meinte: "Die soziale, politische und kulturelle Beteiligung der Frauen hat sich beachtlich verändert. Auch wenn wir immer noch in vielen Belangen ausgeschlossen sind, zeichnet sich doch eine Verbesserung ab." Vor allem auf Gemeindeebene habe sich die Position der Frauen gestärkt und verbessert, meinte Zelaya. Im Hinblick auf den Aufbau einer neuen Nation sprach sie von der Wichtigkeit, die Meinungen und Erfahrungen der Frauen bei allen Entscheidungen miteinzubeziehen.

Auch die *Nationale Frauenunion Guatemalas* UNAMG, forderte den Einbezug der Frauen ins nationale Leben. Die Frauen müssten in der Zivilgesellschaft und in den Organisationen vertreten sein. Dabei sollten aber die Koordination und die Auseinandersetzung innerhalb der Frauenorganisationen nicht vergessen werden. Der gegenseitige Respekt und die Anerkennung der kulturellen, ideologischen, politischen und sozialen Verschiedenheiten unter Frauen sei die Grundlage, um als Frauenbewegung aktionsfähig zu sein, meinte die *Frauenunion*.

Gleichzeitig wurde Präsident Portillo dazu aufgefordert, die Versprechen,

die er während seiner Wahlkampagne den Frauen gegenüber gemacht hatte, einzuhalten. In vielen Reden wurde die Wichtigkeit der baldigen Annahme des Finanzpaktes betont. Von verschiedenen Sprecherinnen wurde die Gründung eines autonom funktionierenden, nationalen Fraueninstitutes gefordert.

Evelyn Morales von *Tierra Viva* zeigte sich einerseits erfreut darüber, dass in den letzten Jahren verschiedene Gesetze zum Schutze der Frauenrechte verabschiedet wurden. Das Problem sei jedoch, dass viele Frauen nicht wüssten, dass diese Gesetze überhaupt existierten und die finanziellen Mittel nicht hätten, um einen Prozess zur Verteidigung ihrer Rechte anzustreben.

Luz Mendez, Mitglied der *Kommission für internationale Beziehungen* der URNG und Koordinatorin der UNAMG, bezeichnete es als einen wichtigen Fortschritt, dass Frauen heute ein Geschlechterbewusstsein hätten. Zu merken, dass es nebst all den ökonomischen, politischen, sozialen und ethnischen Ungleichheiten auch noch diejenige zwischen Mann und Frau gibt, sei für die Frauen eine wichtige Erkenntnis. Jetzt sei es wichtig, auf staatlicher Ebene nicht nur über die allgemeine Demokratie zu diskutieren, sondern auch über die Geschlechterdemokratie, betonte Mendez.

Palma Lau tritt aus der URNG aus

Guatemala, 7. März. Obwohl rechtlich noch umstritten ist, ob der Präsident der Republik überhaupt die Befugnis dazu hat, ernannte er den ehemaligen Guerillakommandanten Pedro Palma Lau (comandante Pancho) zum neuen Direktor von CONTIERRA. Palma Lau war Gründer des *Frente Javier Tambriz* und galt, zusammen mit Augusto Baldizón (comandante Isafas) als die ausführende Hand von Rodrigo Asturias (Gaspar Ilo).

CONTIERRA ist eine staatliche Institution, die 1997 als Ergebnis der Friedensverhandlungen entstanden ist und deren Aufgabe in der Rechtshilfe und Konfliktlösung bei Landfragen liegt.

Umstritten ist die Ernennung Palma Lau's insofern, als es bisher Angelegenheit des Vorstandes (junta directiva) dieser Institution war, den jeweiligen Direktoren zu ernennen. Laut Arabella de León, Kongressabgeordneter der *Partei des Nationalen Fortschritts* PAN, widerspricht die Ernennung Palma Lau's der Verfassung. Dazu komme, dass Palma Lau sein Amt am 8. März antreten wolle, die Kündigung des abtretenden Direktors jedoch erst auf den 15. März gültig sei, meinte de León.

Darauf legte Präsident Portillo sofort ein noch nicht publiziertes Regierungsdekret vor, in dem der Vorstand von CONTIERRA nur noch eine beratende Funktion zugestanden bekommt und das somit den Direktor zur höchsten Autorität erklärt. In diesem Abkom-

men ist ausserdem festgehalten, dass der aktuelle Vorstand nur noch vier Monate im Amt ist. Danach würde er neu bestellt und zwar mehrheitlich durch VertreterInnen der Bauern- und Bäuerinnenorganisationen und GewerkschafterInnen, womit der industrielle Landwirtschaftssektor seine Übermacht verliere.

Auch die Landwirtschaftskammer protestierte gegen die Ernennung des neuen CONTIERRA-Direktors. "Diese Stelle muss von einer neutralen Person besetzt werden und nicht von jemandem, der zur einer Partei gehört, die direkt in den bewaffneten Konflikt verwickelt war", erklärte der Präsident der Landwirtschaftskammer, Ricardo Villanueva.

Ob Palma Lau mit seinem sofortigen Austritt aus der URNG solche Kritiken zum Verstummen bringen kann, ist zu bezweifeln. "Auch wenn ich meine Berufung darin sehe, den Besitzlosen zu helfen, werde ich mich immer an das Gesetz halten", versuchte er seine GegnerInnen zu beruhigen.

Die Gründe für seinen Austritt aus der URNG bezeichnete Ex-comandante Pancho als "persönlich". Er sei dem Ruf von Alfonso Portillo, den er seit Ewigkeiten kenne, deshalb gefolgt, weil er darin einen 'historischen Moment' für Guatemala sehe und diese Regierung in ihren Bestrebungen unterstützen wolle. Er verrate damit nicht die Erinnerung an seine gefallenen *compañeros/-as*, ebensowenig die Ideale, für die sie damals gekämpft hatten. Im Gegenteil, es ginge

ihm immer noch darum, das Land denjenigen zurückzugeben, denen es gehöre, meinte Palma Lau.

An der Amtseinsetzung Palma Lau's war auch sein Freund, Präsident Portillo anwesend. "Dies ist ein bedeutender Moment für Guatemala", erklärte Portillo und weiter, er erinnere sich noch, wie sie bereits vor 30 Jahren über politische Probleme, die Landfrage und die Revolution miteinander diskutiert hätten.

Nicht so pathetisch wurde Ex-comandante Pancho von seinen ehemaligen *compas* der URNG verabschiedet, die am 8. März eine Presseerklärung veröffentlichten:

1. Die Entscheidung Palma Lau's ist persönlich, einseitig und unabhängig von den politischen Plänen und der revolutionären Identität unserer Partei.

2. Laut seinem Rücktrittsschreiben und in der Presse abgedruckten Stellungnahmen hat sich die persönliche Perspektive Palma Lau's mit uns erschöpft und er sieht diese nun innerhalb der Regierung der FRG. 3. Die URNG sieht ihre revolutionäre Perspektive immer noch ausschliesslich in der eigenen Partei und der Allianz Neue Nation vertreten.

Dazu der Kommentar des Generalsekretärs der URNG, Pablo Monsanto: "Die Geschichte setzt die jeweilige Person an die Stelle, wo sie hingehört." Erstaunlich nur, dass relativ viele ehemalige URNG-Mitglieder das Gefühl haben, nun zur FRG-Regierung gehören zu müssen...

¡Fijáte!

Herausgeber:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Birmensdorferstr. 116
8003 Zürich
Tel. 01/ 462 98 74
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Regierung anerkennt Verantwortung

Washington, 7. März. Guatemala hat vor dem *Interamerikanischen Gerichtshof* (CIDH) die institutionelle Verantwortung für drei wichtige Fälle von Menschenrechtsverletzungen anerkannt. Bei den drei Fällen handelt es sich um die Ermordung eines Jugendlichen, dem 1996 Unbekannte eine Handgranate in einem Lunchpaket übergaben, den Fall der Anthropologin Myrna Mack sowie die Ermordung von über 200 Personen beim Massaker in der Gemeinde *Dos Erres*, Petén, im Jahre 1982.

"Mit der Anerkennung seiner Mitverantwortung in den drei Fällen, will der guatemaltekeische Staat seine neue Menschenrechtspolitik beginnen", erklärte der Vertreter Guatemalas, Víctor Hugo Godoy, in Washington an einer Pressekonferenz. Im Falle des Jugendlichen und des Massaker von *Dos Erres* habe bereits eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Regierung und

den AnwältInnen der KlägerInnen begonnen, meinte Godoy weiter.

Die *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA) und MINUGUA zeigten sich erfreut über das Verhalten der guatemaltekeischen Regierung, das auch die Ratifizierung internationaler Menschenrechtsabkommen beinhaltet.

Die Myrna Mack-Stiftung hingegen äusserte sich zurückhaltend. Es sei zwar positiv, dass der Staat seine institutionelle Verantwortung anerkenne, meinte Helen Mack, Leiterin der Stiftung, doch genüge dies nicht. Mack verlangte, dass die Regierung von den Worten nun zu den Taten übergehe und alles daransetze, die Gerichtsverhandlung im Falle ihrer Schwester zu beschleunigen. Gleichzeitig gab Mack vor dem *Washingtoner Büro für Lateinamerika* (WOLA) bekannt, dass der Berater des Aussenministeriums in die Ermordung Myrnas involviert sei.

Streik der Transportunternehmen

Guatemala 7. März. Die Erhöhung des Benzinpreises, die Verteuerung von Ersatzteilen und des Unterhaltes von Transportfahrzeugen hatte dazu geführt, dass die *Nationale Koordination der Transportunternehmen* (CNT) zu einem Streik aufriefen. Dies weitete sich zu einer Machtprobe zwischen der CNT und der Regierung aus. Der CNT gehören verschiedene Berufsgruppen aus dem Transportwesen an, darunter Tank- und Lastwagenfahrer, Taxichauffeure und Busunternehmen.

Am 29. Februar trafen sich Vertreter der CNT mit der Regierung und stellten dieser ein Ultimatum von acht Tagen, innerhalb deren sich die Regierung zu ihrer Problematik äussern sollte. Gefordert wurde unter anderem eine Modifizierung des Gesetzes über ausländische Investitionen, welches vor allem im Zusammenhang mit den Privilegien, die transnationalen Treibstoffunternehmen gewährt werden, wichtig ist. Weiter forderte die CNT ein Mitspracherecht bei der Festlegung der Fahrpreise für Überlandtransporte sowie die Schaffung eines Vizeministeriums für Transport.

Nachdem es sich als unmöglich erwiesen hatte, ein Zusammentreffen mit dem Präsidenten Alfonso Portillo zu arrangieren, entschloss sich die CNT, für den 1. März zum Streik aufzurufen. In der selben Nacht noch gab die *Vereinigung des urbanen Buswesens* (ATU) bekannt, dass sie sich diesem Streik nicht anschliessen würden. Sie stünden mit dem Bürgermeister der Hauptstadt, Fritz García-Gallont, in Verhandlungen über eine mögliche Fahrpreiserhöhung bzw. über Subventionen seitens der Regierung. Sie hätten sich bereit erklärt, mit eventuellen Massnahmen noch bis zum

6. März zu warten und wollten diese Verhandlungen nicht durch die Teilnahme an einem Streik gefährden. Der städtische Busverkehr würde höchstens ausfallen, wenn sie keinen Treibstoff mehr hätten.

Am 2. März fielen die Busverbindungen von den Departementen in die Hauptstadt mehrheitlich aus, da sich die meisten grösseren Busunternehmen dem Streik angeschlossen hatten. Die Busbahnhöfe waren leer und Leute, die unbedingt reisen mussten, machten dies per Taxi oder in Fahrzeugen, die den Platz der Busse einnahmen und horrenden Summen verlangten. In den Departementen äusserte sich die Bevölkerung verärgert über den Streik. Vor allem Leute, die auswärts arbeiten und dabei auf die Busse angewiesen sind, litten unter dem Transportausfall. Die *Koordinati-on der Volks- und Gewerkschaftsorganisationen Escuintlas* (COSPE) und die *Einheit der Staatsangestellten und Volkssektoren* in San Marcos warfen den Transportunternehmen vor, ihre Proteste auf dem Rücken der Bevölkerung auszutragen. Auch der Lastwagenverkehr war eingeschränkt.

Einzig Zuckerrohrtransporte, Kühltransporte und einige Warentransporte, deren Besitzer nicht der CNT angeschlossen sind, fuhren an diesem Tag. Einige Tankstellen wurden vorübergehend geschlossen, da ihnen das Benzin ausgegangen war.

Nach einer Sitzung mit dem Regierungskabinett verkündete Präsident Portillo am 2. März abends im Fernsehen und über Radio, dass die Regierung während der nächsten 30 Tage das Transportwesen überwachen werde. Konkret heisse das, dass Regierungs-

beamte in Begleitung der Polizei in den Bus- und den Transportunternehmen dafür sorgen würden, dass der Betrieb wieder reibungslos laufe. Ausserdem würden am Streik beteiligte Unternehmen mit Bussen bis zu 100'000 Quetzales (rund 13'000 US-\$) bestraft. Weiter kündigte Portillo an, gegen die Verantwortlichen des Streiks würden Haftbefehle ausgestellt. In den Zeitungen erschienen Bilder, auf denen Panzer der Armee zu sehen waren, die unterwegs waren zu den Orten, wo die Streikenden die Fahrt von Brennstofftransporten Richtung Hauptstadt zu verhindern versuchten.

Am Abend des 3. März wurde der Streik abgebrochen, nachdem Vertreter der *Nationalen Koordination der Transportunternehmen* (CNT) ein Gespräch mit dem Minister für Energie, Raúl Archila, geführt hatten. Eine Übereinkunft wurde dabei nicht getroffen. Die CNT wies jedoch darauf hin, dass der Abbruch des Streiks mit dem Willen der Regierung zur Verhandlung zu tun habe und nicht mit den von Portillo ausgesprochenen Drohungen.

Seit dem 4. März sind nun die Transportunternehmen von der Regierung kontrolliert, und der Bus- und Lastwagenverkehr fährt wieder. Der Verkehrs- und Kommunikationsminister Luis Rabbe, der übrigens während des Streiks in Mexiko auf Geschäftsreise war, besuchte die kontrollierten Unternehmen, um die Arbeiten an Ort und Stelle zu überwachen. Die Unternehmen protestierten, dass die Überwacher ihre Kompetenz überschritten und nebst der Kontrolle der Fahrscheinabgabe und dem Verladen von Waren auch in den Kassenbüchern und Abrechnungen stöberten.

Zwei Umweltaktivisten ermordet

Guatemala, 2. März. Erwin Haroldo Ochoa López und Julio Armando Vásquez Ramírez, zwei Mitarbeiter der *Nationalen Kommission für Naturschutzgebiete* CONAP, wurden in Puerto Barrios, Izabal, ermordet. Ochoa López erhielt schon während längerer Zeit Todesdrohungen. Er führte verschiedene Anklagen gegen Umweltzerstörung in den Departementen Izabal und Petén. Unter anderem forderte er die Verhaftung eines Viehzüchters, der im Gebiet des Biotops Chocón Machacas eine riesige Waldfläche niedergebrannt hatte um Weideland daraus zu machen. Weiter forderte er eine Untersuchung gegen den ehemaligen Militär Otoniel Ponciano García wegen illegalen Holzschlages.

Weiter ermittelt CONAP gegen das Hafenunternehmen Santo Tomás de Castilla wegen einer Ausbaggerung im Hafen ohne vorheriger Umweltverträglichkeitsprüfung. Der ausgebagerte Schlamm werde einfach in die nächste Bucht geworfen, heisst es in der Anklage.

Verschiedene Umweltorganisationen protestierten gegen die Ermordung der beiden Aktivisten und forderten eine sofortige Untersuchung der Tat. Es wurde die Befürchtung geäussert, dass UmweltschützerInnen zu einem neuen Ziel sozialer Säuberungen werden könnten, weil diese Organisationen sich gegen die Ausbeutung der Naturressourcen wehrten, ein Geschäft, in das viele ehemalige Militärs und selbst Regie-

rungsbeamte verwickelt seien.

Elmer López von *Greenpeace* meinte, solange in Guatemala die Menschenrechte nicht respektiert würden, werde auch die Natur nicht respektiert und geschützt.

Einige Tage später wurde bekannt, dass mehrere Umwelttechniker von CONAP achtzehn Stunden lang von Holzfällern festgehalten und psychisch und physisch bedroht wurden. Der Vorfall fand im Petén statt, in der Nähe der archäologischen Fundstätten *Aguateca* und *Dos Pilas*. CONAP informierte, dass der illegale Holzschlag in dieser Region zugenommen habe, bedingt durch den Bau der Verbindungsstrasse von Petén-Sayaxché nach Cobán.

Die Rückkehr einer zweifelhaften Persönlichkeit

Guatemala, 29. Februar. Gleichzeitig mit der Nachricht über die Ermordung der beiden Umweltschützer tauchte der Name Angel Sánchez Gudiel in den Medien auf. Sánchez Gudiel wurde vor kurzem zum Administrator des Hafenernehmens Santo Tomás de Castilla ernannt (siehe Artikel oben).

Diese Ernennung hat innerhalb von Menschenrechtsorganisationen und selbst unter den Fincabesitzern Proteste ausgelöst, da Sánchez Gudiel eine äusserst zweifelhafte Vergangenheit besitzt: Während der blutigsten Zeit des Krieges besetzte er einen Posten im Geheimdienst, in einer Spezialabteilung (*El*

Archivo oder *La Regional*), die bekannt war für die Entführung, Folter und Ermordung von politischen GegnerInnen der Regierung, GewerkschafterInnen und StudentInnen. Weiter war er am Staatsstreich gegen Präsident Romeo Lucas García beteiligt und ermöglichte die Präsidentschaft von General Ríos Montt. Später arbeitete er bei der Militärbank (*Banco del Ejército*) und war bekannt für besonders brutale Fincaentwignungen.

Bevor er nun zum Verwalter des Hafenernehmens Santo Tomás de Castilla ernannt wurde, war er in der selben Firma als Sicherheitsverantwortli-

cher angestellt. Es heisst, seine Beförderung habe er dem Einfluss Ríos Montt's zu verdanken.

Doch nicht nur Menschenrechtsorganisationen protestierten gegen die Ernennung: Von drei anderen Hafenernehmungen wurde eine Klage bei der UNO-Mission für Guatemala MINUGUA gegen ihn eingereicht wegen "Autoritätsmissbrauch". Sánchez Gudiel wird beschuldigt, mehrere vertraglich festgelegte Abmachungen nicht eingehalten zu haben. Er selber wehrte sich und meinte, man wolle ihn seines Postens entheben, weil er keine Gesetzesübertretungen mehr zulassen werde.

Gehaltserhöhung vom Kongress verabschiedet

Guatemala, 5. März. Nach zweitägiger intensiver Diskussion haben die Kongressabgeordneten den Vorschlag der FRG über die Gehaltserhöhung in der Privatwirtschaft angenommen. Das bedeutet, dass ab 1. März die LandarbeiterInnen monatlich eine Gehaltserhöhung von 125 Quetzales und alle anderen eine Erhöhung von 82.50 Quetzales erhalten (rund 16.50 bzw. 11 US-\$). Dies gilt auch für Unternehmen, die mit ihren Angestellten einen Tarifvertrag abgeschlossen bzw. eine vertraglich festgesetzte Gehaltserhöhung haben. Die Massnahme soll alle sechs Monate überprüft werden.

Dem Vorschlag widersetzten sich einzig die Abgeordneten der PAN und der ANN. Die PAN forderte eine Erhöhung von 250 Q, die ANN eine von 150 Q, die sukzessive auf 250 Q gesteigert

werden soll. Der ursprüngliche Vorschlag von Präsident Portillo ging von einer Gehaltserhöhung von 200 Q aus.

Der *Dachverband der UnternehmerInnen* CACIF, protestierte in einem Zeitungsinserat gegen die Gehaltserhöhung. Die Frage hätte von einem technischen Standpunkt aus entschieden werden müssen und nicht, wie es geschehen sei, von einem politischen. Ausserdem sei ihr Vorschlag vom Kongress nicht berücksichtigt worden, hiess es in dem Kommuniké. Laut Ricardo Villanueva, Präsident der Landwirtschaftskammer, wurden seit der Ankündigung der geplanten Gehaltserhöhung bereits 5000 ArbeiterInnen auf Kaffee- und Kautschukplantagen entlassen.

Als miserabel bezeichnete die *Nationale Koordination der Campesina- und Indigenaorganisationen* CONIC

die Gehaltserhöhung. CONIC ruft für Ende März zu einer nationalen Demonstration gegen die ihrer Meinung nach zu niedrige Gehaltserhöhung auf.

Sonia Escalante vom Frauensektor der *Versammlung der Zivilgesellschaft* (ASC) erklärte, dass auch das Stellenangebot zurückgegangen sei. Darunter litten in erster Linie die Frauen, die auf dem Stellenmarkt sowieso schlechtere Chancen hätten als Männer.

Um der Bevölkerung das Gefühl zu geben, dass dem nicht so sei, hat die Regierung am 4. März einen sog. 'Arbeitskiosk' aufgestellt. Vorstellen muss man sich das wie auf dem SklavInnenmarkt: Wer Arbeit suchte, präsentierte sich, wer ArbeiterInnen brauchte, suchte sich die Besten aus. Wer Pech hatte, wurde in eine Liste des Arbeitsministeriums aufgenommen...

Verhafteter im Fall Gerardi freigelassen

Guatemala, 11. März. Der Ende Januar im Zusammenhang mit der Ermordung des Weihbischofs Juan Gerardi verhaftete, ehemalige Spezialist des *Obersten Generalstabes des Präsidenten* (EMP), José Obdulio Villanueva, wurde wieder freigelassen. Gemäss der zuständigen Richterin, Flor de María García Villatoro genügte das von der Staatsanwaltschaft vorgelegte Belastungsmaterial nicht für eine Anklage. Ausserdem habe sich der Zeuge, aufgrund dessen Aussage Villanueva und weitere Verdächtige verhaftet wurden, in seinen Aussagen widersprochen. Dies wiederum verleihe der Aussage Villanuevas Glaubwürdigkeit, der angab, zum Zeitpunkt des Mordes im Gefängnis gewesen zu sein, wo er eine Haftstrafe wegen

eines Mordes verbüsst.

Auch die Anwälte der beiden Militärs, die ebenfalls im Januar verhaftet wurden, verlangten die Freilassung ihrer Mandanten, was aber vom Gericht abgelehnt wurde. Daraufhin änderten die Anwälte ihre Strategie und forderten eine weitere Anhörung der Militärs. Ausserdem verlangten sie, dass sich das *Menschenrechtsbüro des Erzbischofs* (ODHA) als Nebenklägerin zurückziehe, da es nicht über den Status einer juristischen Person verfüge.

Gegen den ebenfalls verhafteten Priester Mario Orantes hingegen wurde formelle Anklage wegen Mordes an Bischof Gerardi erhoben. "Wir haben eine Reihe von Beweisen wie wissenschaftliche Proben, Dokumente und Zeugen-

aussagen (nicht nur diejenige von Rubén Chanax, die angezweifelt wird) die dafür sprechen, dass Orantes einer der Mörder Gerardis ist", erklärte der untersuchende Staatsanwalt Leopoldo Zeissig.

Zeissig reichte eine Anzeige wegen Einschüchterung ein. Er und sein Team seien während der Untersuchungen vor Ort von einem Fahrzeug verfolgt worden, das aufgrund der Autonomnummer dem Präsidialen Generalstab gehöre. Die beiden Insassen des Fahrzeugs, der Divisionschef für Administrative Angelegenheiten des EMP und sein Begleiter leugneten jedoch, an besagtem Tag und zu besagter Zeit am Ort vorbeigefahren zu sein, wo das Team Zeissig's seine Untersuchungen durchführte.

Wer sichert die Sicherheit?

Guatemala, 9. März. Der guatemaltekische Kongress hat eine Verordnung erlassen, laut der die Militärpolizei (PM) die Befugnis erhält, die zivile Nationalpolizei (PNC) bei der Verbrechensbekämpfung zu unterstützen. Dies bedeutet, dass in der Praxis nach wie vor militärische Einheiten die innere Sicherheit des Landes garantieren, ein Vorgehen, das in den Friedensabkommen ganz anders definiert wurde. Dort heisst es nämlich, die Aufgabe des Militärs bestehe darin, die Souveränität des Landes zu schützen, die innere Sicherheit zu garantieren sei alleinige Aufgabe der Polizei.

In Zukunft wird es im Ermessen des Innenministeriums und des Verteidigungsministeriums liegen zu entscheiden, wann die Militärpolizei bei der Verbrechensbekämpfung "unterstützend" zum Einsatz kommt. Der Abgeordnete der *Allianz Neue Nation* (ANN), Ricardo Rosales, stellte vergebens einen Abänderungsantrag, laut dem der Kongress die Aktivitäten der Militärpolizei hätte überwachen können.

MINUGUA äusserte sich erstaunt über diese Verordnung. Bertrand de la Grange, Sprecher der UNO-Mission, meinte, es sei unglaublich, dass ein Ge-

setz erlassen werde, um die Aktivitäten einer so kleinen Gruppe (der Militärpolizei) zu regeln, es sei denn, man habe zum Ziel, diese Gruppe wieder zu vergrössern. Ähnlich äusserte sich ein Militärspezialist: "Auch wenn der Militärpolizei heute bloss 500 Personen angehören, kann sich dies jederzeit wieder ändern. Ausserdem hatten viele dieser 500 Leute eine Angestelltenfunktion inne, haben also nicht die sechsmonatige Ausbildung absolviert, die Voraussetzung ist, um in die PNC aufgenommen zu werden. Sie sind einzig gefragt worden, ob sie Motorrad fahren und schiessen könnten und haben eine Uniform bekommen", meinte der Spezialist.

Nebst der Polizei und dem Militär fühlen sich offenbar noch verschiedene andere Gruppierungen zuständig. Gerson López, Sprecher der zivilen Nationalpolizei (PNC) informierte über die Existenz von rund 160 privaten Sicherheitsunternehmen, von denen etwa die Hälfte ohne Lizenz arbeitet. Das zuständige Büro für die Vergabe der entsprechenden Lizenzen (ODCESP) wurde dazu angehalten, die ausstehenden Fälle zu überprüfen. Daneben gibt es aber laut López noch eine unbekannte Anzahl

klandestin arbeitender Sicherheitsunternehmen.

Sowohl in Baja Verapaz als auch in Quiché wurden sogenannte 'lokale Sicherheitskomitees' gegründet. Diesen Komitees gehören der jeweilige Bürgermeister, der Vizechef der lokalen Polizeistation, 'ehrenwerte' BürgerInnen sowie VertreterInnen lokaler BürgerInnenkomitees an. Aufgabe der Sicherheitskomitees ist es, die lokale Delinquenz zu überwachen, da davon ausgegangen wird, dass die TäterInnen innerhalb der Bevölkerung zu suchen sind.

In beiden Departementen hiess es bei der Bekanntgabe der Einführung dieser Komitees, die Weisung dazu käme direkt von Präsident Portillo und sei Teil des Regierbarkeitsabkommens (*pacto de gobernabilidad*).

Das Komitee für BäuerInneneinheit (CUC) äusserte sich besorgt über die Einführung der Sicherheitskomitees. Es sei absolut unklar, was das Ziel dieser Komitees sei, meinte CUC, viele Leute befürchteten, dass es auf eine Neuauflage der paramilitärischen Zivilpatrouillen und der Militärkommissare hinauslaufe, wie man das aus früheren Zeiten kenne.

Portillo stellt Wirtschaftsplan 2000 - 2004 vor

Guatemala, 11. März. Nachdem er den ersten Termin aus gesundheitlichen Gründen absagen musste, stelle Präsident Alfonso Portillo am 9. März seinen Wirtschaftsplan für die nächsten vier Jahre vor.

Um die Wirtschaftslage und die Staatskasse stehe es schlecht, doch sie sei zu retten, meinte Portillo anlässlich der Präsentation seines Planes und die ersten 50 Tage seiner Regierungszeit resümierend. Das Staatsoberhaupt beschrieb die desaströse Situation der öffentlichen Finanzen: Die staatlichen Institutionen seien geschwächt, die Kassen leer und der Staat verschuldet, es müsse befürchtet werden, dass innerhalb kürzester Zeit nicht einmal mehr die dringendsten Investitionen gemacht werden könnten, meinte er. Innerhalb der letzten zwei Jahre stieg die Staatsschuld von 12 auf 23 Tausend Millionen Quetzales (ca. 3 Tausend Millionen US-\$). Davon müssten 88% innerhalb der nächsten zwei Jahre zurückbezahlt werden, erklärte Portillo.

Er sei entschlossen, die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Finanzlage des Staates wieder in Ordnung zu bringen, meinte der Präsident. Als erste

Massnahme erwähnte er die Haushaltskürzung um 2,2 Millionen Quetzales.

Sein Ziel für die nächsten vier Jahre sei es, die Staatsschuld auf Null zu senken, die wirtschaftliche Glaubwürdigkeit des Staates wiederzuerlangen, meinte Portillo. Dazu fordert er die Privatwirtschaft auf, seine Politik zu unterstützen. "Die Regierung stellt klare wirtschaftliche Regeln und Normen auf und die Aufgabe der Privatwirtschaft ist es, ihre Rolle zu erfüllen und zu Produzieren und wettbewerbsfähig zu sein", betonte er.

Der *Dachverband der UnternehmerInnen* (CACIF) bezeichnete die Analyse Portillos als mutig. Es seien Tatsachen erwähnt worden, die bisher nie zur Sprache gekommen seien, der Präsident habe die Krise erkannt, durch die das Land gehe, meinte der Präsident des CACIF, Marco Augusto García Noriega. Auch mit der seinem Sektor zugeschriebenen Aufgabe zeigte sich García Noriega einverstanden.

Als Ablenkungsmanöver bezeichnete der PAN-Abgeordnete Ricardo de la Torre die Ausführungen Portillos. Es ginge nur darum, die Unfähigkeit seiner Regierung zu verdecken, wofür die Krise im Transportwesen und die allgemei-

ne wirtschaftliche Entwicklung die besten Beispiele seien.

Nachdem die FRG mit Unterstützung der Christdemokraten (DCG) und Progressiven Freiheitspartei (PLP) die Budgetkürzung um 2'220 Millionen Quetzales (10% des gesamten Budgets) im Kongress durchgesetzt hatte, wurden am 10. März die Abgeordneten der FRG losgeschickt, um den BürgermeisterInnen im Landesinnern diese Botschaft zu übermitteln. Gekürzt wird nämlich in erster Linie bei den Sozialausgaben und bei den öffentlichen Bauten wie Strassen, Spitäler etc.

Als erste haben die StudentInnen auf die Nachricht der Budgetkürzung reagiert. Der Oberste StudentInnenrat (CSU) der Universität San Carlos (USAC) erklärte sich in permanenter Sitzung. Die Kürzung von 13,4 Millionen Quetzales im Universitätsbudget stelle das Weiterfunktionieren der ganzen Universität in Frage, erklärte der Sekretär der USAC, Mynor Córdón. Die geplante Universitätserweiterung in den Regionen könnte unter diesen Umständen nicht realisiert werden, ausserdem müssten einzelne Fakultäten geschlossen werden, meinte Córdón.